



Erste Beurteilung des neuen Migrations- und Asyl-Pakets der EU durch die Caritas

Die Europäische Kommission stellte am 23. September das [neue Migrations- und Asyl-Paket](#) vor, das aus zwölf Schriftstücken (einschließlich einiger Vorschläge für neue Rechtsvorschriften) besteht. Diese werden nun im Europäischen Parlament und in den EU-Mitgliedstaaten verhandelt. Ziel des lang erwarteten Pakets ist es, Bewegung in die zum Stillstand gekommene EU-Asylrechtsreform zu bringen, indem ein Gleichgewicht zwischen den Standpunkten der Mitgliedstaaten herbeigeführt wird. Die Komplexität des Pakets zeigt, wie vielschichtig Migration ist und wie unterschiedlich die Ansichten dazu sind.

Bei der öffentlichen Vorstellung verglich Margaritis Schinas, Vizepräsident der Europäischen Kommission, das Paket mit einem dreistöckigen Haus und fasste die wichtigsten Elemente übersichtlich zusammen:

1. Migrations- und Entwicklungszusammenarbeit mit Drittstaaten, um Migrationsströme zu reduzieren;
2. Schnelle Grenz- und Rückführungsverfahren, um rasch zu bestimmen, wem ein Schutzrecht zusteht und wem nicht;
3. Verstärkte Teilung der Verantwortung für die Aufnahme schutzbedürftiger Personen innerhalb der EU.

Caritas Europa hat das Paket wie gewohnt im Lichte der katholischen Soziallehre und der möglichen Folgen für das Leben von Migrant_innen und Geflüchteten beurteilt. Dabei wurden Rückmeldungen von Mitgliedern aus der Katastrophenhilfe, der Asylaufnahme und der langfristigen Integrationsarbeit mit Migrant_innen sowie von unseren Entwicklungspartnern im Ausland berücksichtigt. Deshalb bedauern wir den überwiegenden Fokus auf Rückführung, Grenzkontrollen und Migrationsprävention durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern.

Es gibt jedoch auch positive Entwicklungen, wie etwa die Vorschriften zum Schutz der Rechte von Kindern und des Rechts auf Familieneinheit oder Ansätze, die den Schutz der Grundrechte an den Grenzen stärker in das Blickfeld rücken sowie Bemühungen, eine positivere Sicht auf Migration und Integration zu fördern, sowie die Zusage, in der nahen Zukunft das Thema der legalen Migrationswege anzugehen. Ein weiterer begrüßenswerter Vorschlag, den wir erwähnen möchten, ist, dass anerkannte Geflüchtete künftig bereits nach drei Jahren, statt wie bisher nach fünf Jahren Anspruch auf einen langfristigen Aufenthaltstitel haben sollen.

Diese erste Einschätzung des Pakets ist allerdings nicht vollständig. Wir werden die Situation in den kommenden Monaten weiter verfolgen und freuen uns auf konstruktive Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern auf nationaler und auf EU-Ebene. Dabei wollen wir sicherstellen, dass das Rahmenwerk und die anstehenden Verhandlungen das Recht auf Asyl und die Grundrechte erhalten sowie die Solidarität und die geteilte Verantwortung der Mitgliedstaaten fördern. Zwischenzeitlich erstellen wir eine kurze Beurteilung der wichtigsten Punkte, die das Paket umfasst.

#whatishome

**What is
HOME?**

Das Projekt [MIND](#) wird von der Europäischen Union finanziert.



Verstärkte Zusammenarbeit mit Drittstaaten

Auch das neue Paket schafft Anreize für eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern der Migrant_innen in den Bereichen Sicherheit und Grenzkontrollen, um die Ankunfts zahlen in Europa einzudämmen und die Anzahl der Rückführung zu erhöhen. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Staaten – um jeden Preis und ohne entsprechende Schutzmaßnahmen – kein Patentrezept für die Eindämmung der Migration ist, sondern gravierende Menschenrechtsverletzungen nach sich ziehen kann. Die hinlänglich dokumentierten, zunehmenden Fälle von Missbrauch in Libyen sowie die Praxis der Push-Backs von Migrant_innen sind nur zwei Beispiele für eine Art von Zusammenarbeit, die eine schwerwiegende Bedrohung der Werte der EU darstellt.

Die EU versucht zunehmend, die Rolle der weltweiten Verteidigerin der Menschenrechte zu übernehmen; dies heißt aber auch, dass eine Zusammenarbeit mit Drittstaaten strikt an die Wahrung der Menschenrechte geknüpft sein muss. Dazu ist eine Partnerschaft auf Augenhöhe erforderlich, bei der die Interessen aller Beteiligten respektiert werden. Außerdem darf Entwicklungshilfe niemals für die Erfüllung der Sicherheitsinteressen der EU oder einen Migrationsstopp instrumentalisiert werden. Vielmehr muss Entwicklungshilfe ihrem primären Ziel dienen – der Bekämpfung von Armut und Ungleichheit zwischen Ländern.

Screening- und Grenzverfahren

Mit dem Paket sollen ein verpflichtender Screening-Mechanismus für alle irregulär Einreisenden sowie verpflichtende schnelle Asyl- und Rückführungsverfahren in EU-Grenzstaaten unter bestimmten Umständen (z.B. für Asylsuchende mit einer Anerkennungsquote unter 20 %) eingeführt werden. Im Falle hoher Ankunfts zahlen (d.h. eines *Massenzustroms*) würden diese Verfahren weiter verstärkt. Caritas Europa befürchtet, dass diese neuen Verfahren zu einer Schwächung der Schutzrechte und zu vermehrten Festnahmen führen, sowie den Verwaltungs- und operativen Aufwand von EU-Grenzstaaten erhöhen könnten, was die erneute Entstehung überfüllter und menschenunwürdiger Aufnahmeeinrichtungen, ähnlich dem Flüchtlingslager Moria, begünstigen könnte.

Grenzmaßnahmen müssen immer die Menschenrechte wahren und sollten nie dazu führen, dass Personen in eine Situation zurückgeschickt werden, in denen ihre Sicherheit gefährdet ist. Wir begrüßen den Vorschlag, bestimmte Personengruppen von den Grenzverfahren auszunehmen (z.B. unbegleitete Minderjährige) und einen Überwachungsmechanismus für Grundrechtsverletzungen einzuführen. Ein solcher Mechanismus muss allerdings unbedingt auch Sanktionen bei Verstößen beinhalten.

Caritas Europa wird mit Partnern zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass die neuen Screening-, Grenz- und Rückführungsverfahren Asylvorschriften und Rechtsmittel ausschöpfen, die Grundrechte wahren und die Bestimmungen des Genfer Abkommens einhalten.

#whatishome

**What is
HOME?**

Das Projekt MIND wird von der Europäischen Union finanziert.



Neuer Mechanismus für geteilte Verantwortung und Solidarität („ex-Dublin“)

Obwohl die Dublin-Verordnung abgeschafft werden soll, bleibt das System dahinter bestehen, unter anderem die Zuweisung der staatlichen Verantwortlichkeit für die Bearbeitung eines Asylantrags auf Grundlage hierarchischer Kriterien. Dazu gehört auch das umstrittene Kriterium des Ersteinreislands. Positiv anzumerken ist die Ausweitung der Kriterien für Familien (z.B. gelten Geschwister nun als Familienmitglieder) sowie die Einführung neuer Kriterien (z.B. in einem EU-Mitgliedstaat erworbene Abschlüsse), mit denen Asylsuchende stärker an das Land gebunden werden sollen, in dem der Antrag bearbeitet werden soll.

Was die geteilte Solidarität angeht, beschränkte man sich –aufgrund des hartnäckigen Widerstands einiger EU-Mitgliedstaaten gegen eine verpflichtende Aufnahme – auf eine rein freiwillige Aufnahme. Bei „Migrationsdruck“ oder nach Ankunft aus dem Meer geretteter Migrant_innen greift ein neuer Solidaritätsmechanismus mit verschiedenen Instrumenten, der die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, sich den EU-Grenzstaaten gegenüber solidarisch zu erweisen; sie können dafür aus verschiedenen Optionen wie etwa Aufnahme, Rückführungspatenschaft oder Unterstützung des Aufbaus von Kapazitäten wählen. „Rückführungspatenschaft“ bedeutet, dass das Paten-Land die Rückführung von abgewiesenen Asylsuchenden in das Herkunftsland innerhalb von acht Monaten ermöglichen soll. Gelingt dies nicht, wird der/die Asylsuchende in das Paten-Land überführt und das Rückführungsverfahren dort fortgesetzt. Neben der Frage der Effizienz und Durchführbarkeit dieses Mechanismus hat Caritas Europa Bedenken, dass die Rückführung in gleichem Maße als Solidaritätsmechanismus angesehen werden könnte wie die Aufnahme.

Wir befürchten, dass die hohe Komplexität des neuen Solidaritätsmechanismus die Entlastung der EU-Grenzstaaten in der Praxis verzögern oder blockieren könnte und deshalb nicht zu der dringend benötigten, berechenbaren und nachhaltigen Teilung der Verantwortung unter den EU-Mitgliedstaaten führen würde.

Leben retten und Solidarität mit Migrant_innen zeigen

EU-Kommissionspräsidentin [Ursula von der Leyen](#) sagte: „Die Rettung von Menschen in Seenot ist keine Option, sondern Pflicht.“ Auf diese internationale gesetzliche Pflicht wird an mehreren Stellen des Pakets Bezug genommen. Caritas Europa teilt diesen Standpunkt und begrüßt die [Leitlinien](#) der Europäischen Kommission zum Paket gegen die Schleusung von Migrant_innen (Schleuser-Paket), in denen die EU-Mitgliedstaaten dazu aufgerufen werden, humanitäre Arbeit zur Rettung von Leben auf See nicht unter Strafe zu stellen – eine seit langem bestehende Forderung von [Caritas Europa](#). Nichtsdestotrotz darf sich Solidarität mit Migrant_innen nicht nur auf Rettungseinsätze auf See beschränken. Wir möchten daran erinnern, dass EU-Mitgliedstaaten ebenfalls verpflichtet sind sicherzustellen, dass an Land durchgeführte Solidaritätsmaßnahmen zur Unterstützung von Migrant_innen (z.B. Versorgung mit Lebensmitteln, Bereitstellung von Unterkünften) nicht unter Strafe gestellt oder stigmatisiert werden.

#whatishome

What is
HOME?

Das Projekt [MIND](#) wird von der Europäischen Union finanziert.



Letztendlich fordern wir auch die Einrichtung einer koordinierten Such- und Rettungsmission im zentralen Mittelmeer auf EU-Ebene, die in dem Paket leider nicht enthalten ist.

Sichere, legale Wege und Integration

Bei dem verzweifeltsten Versuch, sich in Sicherheit zu bringen, zu ihrer Familie zu gelangen oder in Europa die Grundlage für ein besseres Leben zu finden, verlieren Menschen ihr Leben auf See, obwohl dies vermeidbar wäre. Trotz der aktuellen politischen Maßnahmen zur Abschreckung von Migrant_innen und trotz der Inhalte des Pakets ist zu erwarten, dass die Migration anhält und damit weiterhin Menschen auf tragische Weise im Meer umkommen, solange es nicht mehr sichere Wege nach Europa gibt.

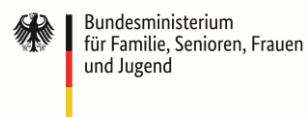
Zwar begrüßen wir die [Empfehlung](#) der Europäischen Kommission zu legalen Schutzwegen in die EU, einschließlich komplementärer Zugangswege wie Patenschaftsprogramme und humanitäre Korridore, welche bereits von verschiedenen Trägern der Caritas vor Ort eingerichtet wurden. Dennoch fordern wir ehrgeizigere Ziele für die Resettlement-Zusagen und deren Umsetzung, da der Bedarf immens ist. Laut UNHCR sind weltweit 1,45 Millionen Geflüchtete besonders schutzbedürftig und warten auf ein Resettlement. Aufgrund von COVID-19 hat sich das Resettlement von über 10.000 Menschen verzögert. Wir [ersuchen die EU-Mitgliedstaaten](#) daher, trotz der durch die COVID-19-Pandemie verursachten Probleme weiterhin das versprochene Resettlement von 30.000 Menschen in diesem Jahr anzustreben und auch für die kommenden Jahre ehrgeizige Ziele festzulegen. Globale Solidarität und gemeinsame Verantwortungsübernahme sind heute wichtiger denn je.

Neben legalen Schutzwegen müssen auch die Möglichkeiten für eine legale Arbeitsmigration ausgebaut werden. EU-Innenkommissarin Ylva Johansson stützte dies mit ihrer Aussage, irreguläre Flucht müsse durch rechtmäßige Migration ersetzt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die Europäische Kommission allerdings so schnell wie möglich einen ehrgeizigen Vorschlag zur Ermöglichung von Arbeitsmigration vorlegen. Dass die entsprechenden Details um ein Jahr aufgeschoben wurden, sorgte trotz des Versuchs, das Paket mit dem angekündigten Aktionsplan für Integration und Inklusion in Einklang zu bringen, bei der öffentlichen Vorstellung des Pakets einfach deshalb für Enttäuschung, weil damit der Rückführung Priorität vor dem Ausbau legaler Wege und Integration gegeben wurde. Caritas Europa hat den wichtigen Beitrag, den Migrant_innen für unsere Volkswirtschaften und Gesellschaftssysteme leisten, umfassend dokumentiert und dargestellt und glaubt, dass hier eine wichtige Chance verpasst wurde. Nichtsdestotrotz warten wir die weiteren Fortschritte bei der Ausarbeitung der im Paket enthaltenen Aspekte für den Ausbau legaler Wege ab und beteiligen uns in der Zwischenzeit an der Konsultation der Europäischen Kommission zu Integration und Inklusion. Ferner möchten wir daran erinnern, dass die [globale COVID-19-Pandemie](#) gezeigt hat, wie sehr Europa auf Arbeitsmigrant_innen – unter anderem in wichtigen Sektoren wie Landwirtschaft, Lebensmittelproduktion, Gesundheits- und Sozialfürsorge – angewiesen ist. Es ist also höchste Zeit, dass die politischen Entscheidungsträger auf nationaler und auf EU-Ebene die positiven Beiträge von Migrant_innen in Europa anerkennen und alles tun, um zu verhindern, dass sich eine untragbare Situation wie die auf den griechischen Inseln wiederholt.

Autorin: Leila Bodeux

#whatishome

Gefördert vom:



**What is
HOME?**

Das Projekt [MIND](#) wird von der Europäischen Union finanziert.